

Logo: *Piksin und Partner, Anwaltsbüro*

Tel.: +7 (495) 913 68 28 e-mail: info@piksin-partners.ru
Fax: +7 (495) 913 68 48 Internet: www.piksin-partners.ru

115114, Moskau, Derbenjowskaja nab., Haus/Nr. 11,
Gebäude "B", Büro B1401

Informationsblatt

Nr. 04/2016

Nachrichten des Monats:

1	Grundlagen der staatlichen Verwaltung	01
2	Verwaltungsrecht	01
3	Gerichtsakte und Prozessgesetzgebung	01

Diese Informationsausgabe beleuchtet ausschließlich einzelne Änderungen in der Gesetzgebung der Russischen Föderation. Die gewährte Information ist nicht allumfassend und stellt keine juristische Beratung dar. Bei Rückfragen zu den Themen, die von dieser Ausgabe berührt wurden, wenn den Sie sich bitte an die Rechtsanwälte und Juristen der Anwaltsbüro.

Nachrichten des Monats:**1. GRUNDLAGEN DER STAATLICHEN VERWALTUNG**

- 1.1. Durch den Erlass des Präsidenten der RF vom 05.04.2016 Nr. 156 "Über die Verbesserung der staatlichen Verwaltung im Bereich der Kontrolle der Umlaufes von Rauschgiften, psychotropen Stoffen und deren Ausgangsstoffen und im Bereich der Migration" werden Funktionen und Vollmachten der oben genannten Behörden, sowie deren stellenplanmäßige Stärke dem Innenministerium Russlands übertragen. Dabei wird vorgesehen, dass die stellenplanmäßige Stärke des Föderalen Migrationsdienstes Russlands um 30 Prozent reduziert wird. Die planmäßigen Organisationsmaßnahmen, die mit der Umsetzung dieses Erlasses verbunden sind, müssen bis zum 1. Juni 2016 beendet werden.

2. VERWALTUNGSRECHT

- 2.1. Durch das Föderale Gesetz vom 05.04.2016 Nr. 89-Φ3 „Über die Aufnahme der Änderungen in den Artikel 4.5 des Gesetzbuches der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten hinsichtlich der Verlängerung der Verjährungsfrist für die Heranziehung zur administrativen Verantwortung wegen der Verletzung der Devisengesetzgebung der Russischen Föderation und der Bestimmungen von Behörden der Devisenregelung“ wurde die Verjährungsfrist für die Heranziehung zur administrativen Verantwortung wegen der Verletzung der Devisengesetzgebung der Russischen Föderation und der Bestimmungen von Behörden der Devisenregelung von 1 Jahr bis 2 Jahren verlängert.
- 2.2. Durch das Föderale Gesetz vom 26.04.2016 Nr. 114-Φ3 „Über die Aufnahme der Änderung in den Artikel 26.7 des Gesetzbuches der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten hinsichtlich der Notwendigkeit der Zuordnung von Materialien der Foto- und Kinop Aufnahme, der Schall- und Videoaufnahme zu den Beweisen in der Sache über die Verwaltungsrechtsverletzung“, müssen die Foto- und Videomaterialien, sowie andere Informationsträger vom Gericht als Beweise in der Sache über die Verwaltungsrechtsverletzung in Behandlung genommen werden.

3. GERICHTSAKTE UND PROZESSGESETZGEBUNG

- 3.1. Durch das Föderale Gesetz vom 05.04.2016 Nr. 99-Φ3 „Über die Aufnahme der Änderungen in den Artikel 333.19 des zweiten Teils des Steuergesetzbuches der Russischen Föderation“ wurde der Unterpunkt 2 des Punktes 1 des Artikels 333.19 des Steuergesetzbuches der RF durch die Verweisung ergänzt, auf deren Grundlage bei der Einreichung des Antrages auf die über die Urteilsfällung die Staatsgebühr in Höhe von 50 Prozent von der Höhe der Staatsgebühr erhoben wird, die durch den Unterpunkt 1 des Punktes 1 des Artikels 333.19 des Steuergesetzbuches der RF festgelegt wurde, der die Höhen von Staatsgebühren bei der Einreichung von Klageschriften hinsichtlich des Vermögens in Abhängigkeit vom Preis der Klage festlegt.

- 3.2. Durch das Föderale Gesetz vom 05.04.2016 Nr. 103-Φ3 „Über die Aufnahme der Änderungen in Verwaltungsverfahrenordnung der Russischen Föderation und einzelne gesetzliche Bestimmungen der Russischen Föderation“ wurde in die Verwaltungsverfahrenordnung der Russischen Föderation das neue Kapitel 11.1 „Verfahren in Verwaltungssachen über die Urteilsfällung“ aufgenommen. Für den rechtskräftig gewordene Gerichtsbeschluss gelten die Bestimmungen der Verwaltungsverfahrenordnung der RF über die Notwendigkeit der Gerichtsakte (Artikel 16 Verwaltungsverfahrenordnung der RF). Der Gerichtsbeschluss ist gleichzeitig Vollstreckungstitel und wird gemäß der Ordnung vollstreckt, die zur Vollstreckung durch Gerichtsurteile festgelegt ist. Es wurden auch festgelegt: das Verfahren der Einreichung des Antrages auf die Urteilsfällung; die Form und der Inhalt des Antrages auf die Urteilsfällung; die Gründe für die Rückgabe des Antrages auf die Urteilsfällung oder dessen Abweisung; das Verfahren der Urteilsfällung, dessen Inhalt, das Verfahren des Widerrufs des Gerichtsurteils und dessen Anfechtung. Der Kläger, der die friste der Vorlage des Gerichtsbeschlusses zur Vollstreckung versäumt hat, kann das Gericht anrufen, das den entsprechenden Gerichtsbeschluss verabschiedet hat, mit dem Antrag auf die Wiederherstellung der versäumten Frist. Das Föderale Gesetz tritt nach dem Ablauf von 30 Tagen nach dessen offizieller Veröffentlichung in Kraft.
- 3.3. Durch das Präsidium des Obersten Gerichts der RF wurde am 13.04.2016 die Übersicht der Rechtsprechungspraxis des Obersten Gerichts der Russischen Föderation Nr. 1 (2016) bestätigt. In der oben genannten Übersicht wird mitgeteilt, dass im Falle des Abschlusses durch einen Ehepartner eines Darlehensvertrages oder der Tätigkeit eines anderen Geschäfts, die mit der Entstehung der Schuld verbunden ist, kann eine solche Schuld als Gesamtschuld anerkannt werden, wenn vom Gericht festgestellt ist, dass das ganze aus den Verpflichtungen Erworbene von einem Ehepartner für den Bedarf der Familie genutzt wurde. Dabei liegt die Beweislast der oben genannten Umstände auf der Partei, die auf der Verteilung der Schuld besteht. Außerdem werden im Jahre 2016 in der ersten Übersicht der Rechtsprechungspraxis des Obersten Gerichts der RF auch andere Materialien aufgeführt, die durch das Gerichtskollegium für Zivilsachen, sowie durch Gerichtskollegien für wirtschaftliche Streitigkeiten, Strafsachen, Verwaltungssachen, für die Sachen der Armeeingehörigen, durch das Kollegium für Disziplinarsachen behandelt wurden, es werden verschiedene Fragen erläutert, die in der Gerichtspraxis entstanden sind, es werden die Fragen der Anwendung des Gesetzbuches der RF über Ordnungswidrigkeiten behandelt, es wird die Praxis der internationalen Vertragsorgane der Organisation der Vereinten Nationen und des Europäischen Gerichtshofes Für Menschenheitsrechte angeführt.